

Teichmann, Ulrich

Article — Digitized Version

Gewerkschaften in einer anderen Welt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Teichmann, Ulrich (1963) : Gewerkschaften in einer anderen Welt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 8, pp. 332-338

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133328>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gewerkschaften in einer anderen Welt

Dr. Ulrich Teichmann, Bonn

Die jüngsten Streikbewegungen hatten die Redaktion schon früher veranlaßt, einige Berichte ihrer Auslandskorrespondenten über die dortigen gewerkschaftlichen Bestrebungen anzufordern (Wirtschaftsdienst, Mai 1963). In dem folgenden Beitrag zeichnet der Verfasser den bisherigen Weg der deutschen Gewerkschaften von ihrer Symbiose mit der SPD über ihre Emanzipation zur „befestigten Gewerkschaft“ bis hin zur Gegenwart, die von ihr ein neues Selbstverständnis fordert. Anders strukturiert als ihre Partnerorganisationen in den Nachbarländern, müssen sie auf ihre Weise versuchen, sowohl der Scylla der Syndikalisierung als auch der Charybdis einer Politisierung oder „Verstaatlichung“ zu entgehen. Auf welche Weise sie als ein funktionsfähiger Faktor einer freiheitlichen Ordnung zu wirken vermögen, zeigt der Autor am Schluß seiner Ausführungen.

Die Gewerkschaften werden, wie eine Meinungsumfrage vor einiger Zeit ergeben hat, in Westdeutschland von der Mehrheit ihrer Mitglieder als eine nützliche und notwendige Einrichtung angesehen, und zwar nicht nur als Faktor der Lohn- und Sozialpolitik, sondern auch als Faktor der Wirtschaftspolitik und der Politik schlechthin. Außerhalb der Gewerkschaften jedoch — und das heißt zugleich bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung — ist eine solche positive Einstellung nicht oft anzutreffen. Im Gegenteil: man steht den Gewerkschaften allenfalls neutral-skeptisch, oft negativ-feindlich gegenüber. Diese Einstellung ist sicher weithin „gemacht“, und zwar von Gegnern der Gewerkschaften, doch ändert das an der Tatsache an sich nichts.

GEWERKSCHAFTEN IM KREUZFEUER DER KRITIK

Daß die „ewigen Lohnforderungen“ der Gewerkschaften, ihre „Lohntreiberei“ und gar Streiks ein ökonomisches Krebsübel seien, daß durch die Gewerkschaften eine „Lohn-Preis-Spirale“ in Bewegung gesetzt, dadurch die Stabilität der Währung gefährdet und Inflation und Konjunkturrückgang heraufbeschworen würden, ist eine oft gehörte und sicher weithin geglaubte Meinung. Überhaupt stellten die Gewerkschaften — so wird gesagt — im heutigen westdeutschen Wirtschaftssystem einen Fremdkörper dar, seien sie doch geradezu ein Übermonopol in einer Wettbewerbswirtschaft. Dabei wird auf das in die Hunderte von Millionen gehende Gewerkschaftsvermögen hingewiesen, auf ihre Zusammenarbeit mit einer Bankengruppe, mit Wohnungsbauunternehmen, mit Genossenschaften. Es wird davon gesprochen, daß durch die gewerkschaftliche Machtzusammenballung, wie sie im DGB mit seinen 120 000 Betriebsräten in allen größeren Betrieben der Wirtschaft und Verwaltung in Erscheinung trete, die Demokratie latent gefährdet sei. Als neuer Beweis demokratischer Unzuverlässigkeit der Gewerkschaften gilt die Ablehnung, die ein Notstandsrecht innerhalb der Gewerkschaften verbreitet findet. Der Ruf, dem lohnpolitischen Unwesen der Gewerkschaften und ihrem Machtmißbrauch Einhalt zu gebieten, das Streikrecht

einzu­schränken, die Tarifautonomie aufzuheben und durch behördliche Schlichtung, also durch staatliche Lohnsetzung zu substituieren, wird immer wieder laut.

Sind nun die Gewerkschaften wirklich politisch so gemeingefährlich und ökonomisch so schädlich? Und wenn sie es nicht sind, wenn sie nur „blinde Macht“ sind, wie T. Pirker meinte: ist es nicht vielleicht doch ganz gut, daß sie wenigstens für gefährlich und schädlich gehalten werden, daß sie in die Defensive, ja in den Schmollwinkel gedrängt sind, daß sie in der Bundesrepublik, wenn schon nicht als lohnpolitischer Faktor, so doch als wirtschaftspolitischer und politischer Faktor in den letzten Jahren mehr und mehr ausgeschaltet worden sind? Oder wäre es im Gegenteil wünschenswert, daß die Gewerkschaften in unserer industriellen Massengesellschaft als fast einzige feste Massenorganisation eine entsprechende allgemein anerkannte Stellung hätten? Wäre es nicht gar zwingend notwendig, daß sie stärker in unsere Gesellschaft integriert würden?

Zu diesen Fragen, die durch die neueste politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik durchaus an Aktualität gewonnen haben, sollen im folgenden einige Fakten und einige Meinungen vorgetragen werden.

VON DER REVOLUTIONÄREN TRADITION ZUR „BEFESTIGTEN GEWERKSCHAFT“

Die Gewerkschaften sind ein Korrelat des Industrialismus. Sie sind durch den Industrialismus geschaffen und Exponent der Bevölkerungsgruppe, die jener recht eigentlich erst hervorgebracht hat: der „Arbeitnehmer“ (der „Proletarier“, wie man einmal sagte). Auf die Arbeitnehmerschaft wirkt sich der Industrialisierungsprozeß vor allem aus. Ihr wirtschaftlicher, sozialer und politischer Status hat sich durch den Industrialismus am stärksten gewandelt. Das bestimmt auch entscheidend die Wirklichkeit der Gewerkschaften: sie werden von ihren Mitgliedern her mit den Problemen der Industriegesellschaft — und das heißt mit Grundfragen des heutigen Lebens — immer wieder unmittelbar konfrontiert. Sie müssen dazu Stel-

lung nehmen, sich damit auseinandersetzen. Sie sind gezwungen, dynamische Kraft zu sein, neuen Entwicklungen nachzuspüren, neue Fragen aufzugreifen, neue Lösungen für wirtschaftliche und soziale Fragen zu suchen.

In dieser Situation befanden sich schon die ersten gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse vor hundert Jahren. Gewerkschaften bildeten sich damals aus jenem Proletariat, das — aus der agrarisch-hierarchisch-kirchlichen Welt seiner Vorfahren herausgerissen — in den entstehenden Industriestädten unter schlechtesten sozialen Bedingungen lebte. Die Gewerkschaften konnten damals kaum lohnpolitische Aktivität entfalten. Dazu waren sie viel zu schwach. Um so mehr griffen sie allgemein ökonomische, gesellschaftliche, politische Fragen auf, und sie waren alsbald Sprachrohr für eine tiefgehende Kritik und eine laute Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung, gegen den „Kapitalismus“.

In England und Frankreich forderten die Gewerkschaften offen den Umsturz dieser Ordnung. In Deutschland bestand damals der wichtigste gewerkschaftliche Programmpunkt darin, die politische Lebensform der Demokratie einzuführen. Hier machte sich allerdings ein starker Einfluß der Sozialdemokratischen Partei auf die Gewerkschaften bemerkbar. Die SPD war in Deutschland für die Entwicklung der Gewerkschaften lange Zeit treibende Kraft. Auf ihr Programm richteten sich die Gewerkschaften aus. Überdies wurden damals Gewerkschaften und SPD dadurch zusammengeschmiedet, daß Bismarcks Sozialistengesetz die „gemeingefährlichen Umtriebe“ der Sozialisten und der Gewerkschafter gleichbehandelte. Erst allmählich wurde die Führungsrolle der SPD durch ein gleichberechtigtes Nebeneinander abgelöst. Mit dem mitgliedermäßigen und finanziellen Erstarren der Gewerkschaften wuchs ihr Einfluß in der SPD. Zudem hinderte das Erscheinen „nicht-marxistischer“, „christlicher“ Gewerkschaften die „freien“, der SPD nahestehenden Gewerkschaften daran, ideologische Extravaganzen der SPD mitzumachen. Gewerkschafter waren es jetzt oft, die den radikalen Tendenzen in der SPD entgegentraten, und fortan standen die freien Gewerkschaften zumeist „rechts“ von der SPD.

Als Faktor der Lohnpolitik konnten sich die Gewerkschaften auch im Kaiserreich nach wie vor nur schwer durchsetzen. Ihre rechtlichen Möglichkeiten waren eingeeengt, und die anhaltende Zuwanderung eines Bevölkerungsüberschusses vom Lande in die Industriestädte hielt das Lohnniveau unter Druck.

Ganz anders wurde die Stellung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Sie konnten ihre Position als Tarifpartner rechtlich und tatsächlich ausbauen. Zugleich verwirklichte der Staat in seiner Sozialgesetzgebung viele Forderungen der Gewerkschaften. Dies blieb auf die innere Struktur der Gewerkschaften

nicht ohne Einfluß. Sie wurden zur „befestigten Gewerkschaft“ nach dem von Briefs geprägten Begriff. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen rückte als Ziel der Gewerkschaftspolitik stark in den Vordergrund. Zugleich verlor die kämpferische gesellschaftspolitische Aktivität der Gewerkschaften an Bedeutung. Sie geriet innerhalb der Gewerkschaften sogar in ein gewisses Zwielicht. Denn sollte und konnte der Umsturz der Gesellschaftsordnung weiterhin gefordert werden, wenn Gewerkschafter selbst in Schlüsselstellungen von Staat und Wirtschaft vertreten waren? Konnte und sollte der Staat und die Wirtschaft angegriffen werden, in die ein immer größer werdender Teil der Arbeitnehmer sich nunmehr eingebaut fühlte?

In den amerikanischen Gewerkschaften — um dies in Parenthese zu sagen — haben ideologische Probleme bisher keine größere Bedeutung gehabt. Der Theoretiker des amerikanischen Gewerkschaftswesens S. P e r l m a n n spricht mit einem Blick auf die europäischen Gewerkschaften von „ideologischen Kinderkrankheiten“. Aber es ist wahrscheinlich, daß die amerikanischen Gewerkschaften künftig nicht mehr bloße „Lohnmaschinen“ bleiben können, sondern daß sie sich ebenfalls mit gesellschaftlichen Fragen werden auseinandersetzen müssen, wenn auch die Probleme andere, aber deswegen nicht unbedingt weniger schwere als im alten Europa sein werden.

NACH 1945: GEPLANTE AUFGABENTEILUNG ZWISCHEN DGB UND INDUSTRIEGEWERKSCHAFTEN

Als sich 1945 die im Jahre 1933 zerschlagenen Gewerkschaften neu konstituierten, sahen sie sich sogleich wieder vor „ideologische Probleme“, vor politische Aufgaben gestellt. In den Jahren nach 1945 waren viele Gewerkschaftsfunktionäre politisch Verfolgte des Naziregimes, bei den Spitzenfunktionären war es mehr als die Hälfte. Nach dem, was sie erlitten hatten, und angesichts dessen, was aus Deutschland nach 12 Jahren Hitlerherrschaft und Krieg geworden war, schien es erste gewerkschaftliche Aufgabe zu sein, gegen die Wiederkehr einer solchen Entwicklung Vorsorge zu treffen. Durch Mitbestimmung sollte die Demokratie gesichert werden. Durch Sozialisierung, insbesondere der Grundindustrie, sollte das Wiedererstehen einer Kriegsindustrie verhindert werden. Nicht nur in der Wirtschaft selbst wollten die Gewerkschaften mitbestimmen, sondern auch in der Wirtschaftsverwaltung.

Demgegenüber spielten Lohnforderungen zunächst eine untergeordnete Rolle. Die Gewerkschaften meinten sich an den Lohnstop halten zu müssen, der übrigens von ihrem ärgsten Gegner, dem nationalsozialistischen Regime, eingeführt und von den Besatzungsmächten im Zuge ihrer anfangs höchst widersprüchlichen Politik übernommen worden war. Noch bei dem eintägigen Streik vom 12. 11. 1948, der sich als Protest gegen Preissteigerungen nach der Wäh-

rungsreform richtete und anlässlich dessen die Gewerkschaften einen langen Katalog von Forderungen und Beschwerden der Bundesregierung gegenüber vorbrachten, ist von Lohnforderungen keine Rede.

Den damaligen vornehmlich politischen, mindestens wirtschaftspolitischen Zielsetzungen gewerkschaftlicher Aktivität entsprechend, schnitt Hans Böckler, der erste hervorragende Gewerkschaftsführer nach 1945, die Konstruktion des DGB zu. Die Wirtschaftspolitik sollte beim DGB liegen, als dem Verband der einzelnen Fachgewerkschaften. Bei letzteren, den „Industriegewerkschaften“, sollte die Verantwortung für die Lohnpolitik liegen, deren Aktionsraum zunächst sehr beengt schien.

Die Entwicklung verläuft anders

Die Organisationsform, die die westdeutschen Gewerkschaften nach 1945 gefunden hatten, erwies sich als sehr brauchbar für die Aufgabenstellung, der sich die Gewerkschaften bald gegenüberstehen: nämlich aktive Lohnpolitik zu treiben. Sie war dagegen kaum brauchbar für die Aufgabenstellung, für die Böckler sie vorgesehen hatte: nämlich aktive Wirtschaftspolitik zu treiben. Ein überaus starkes föderalistisches Element in der Verfassung des DGB, das darin zum Ausdruck kommt, daß die Vorsitzenden der autonomen 16 Industriegewerkschaften, zusammen mit dem „geschäftsführenden“ Bundesvorstand, den Bundesvorstand des DGB bilden, ließ einerseits für eine bewegliche und differenzierte Lohnpolitik der Einzelgewerkschaften viel Raum, engte andererseits aber eine wirtschaftspolitische Aktivität des geschäftsführenden Bundesvorstandes stark ein. An ihre Stelle traten mehr und mehr praktisch bedeutungslose, programmatische Grundsatzserklärungen. Aber nicht nur von innen her war die wirtschaftspolitische Aktivität des DGB begrenzt; es wurde vielmehr die Ausschaltung des DGB aus der Wirtschaftspolitik und der Politik überhaupt sehr stark von außen her betrieben. Dies fand sichtbaren Ausdruck z. B. im Betriebsverfassungsgesetz von 1952, das die Gewerkschaften auf das Gebiet der Lohnpolitik verwies, in der Einengung der Mitbestimmung und vielem anderen mehr.

Die Gewerkschaften konnten ihrer organisatorischen Leistung, die darin bestand, daß nach 1945 in kurzer Zeit ein bedeutender Gewerkschaftsapparat wieder aufgebaut war, kaum recht froh werden. Ihre wirtschaftspolitischen Ideen fanden wenig Resonanz, ihren wirtschaftspolitischen Forderungen stellte sich bald zunehmender Widerstand entgegen. Die Gewerkschaften, die sich mit als Träger und Verantwortliche der neuen westdeutschen Demokratie gefühlt hatten, verloren die Fühlung mit der neuen Gesellschaft und dem neuen Staat. Es setzte ein Prozeß der Entfremdung ein, auf dessen Höhepunkt, etwa gegen Mitte der 1950er Jahre, die Gewerkschaften abseits, in Opposition und Feindschaft zur Wirklichkeit des neuen Staates standen.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet war die Entwicklung nach der Währungsreform den Gewerkschaften ganz weggelaufen. Von Planwirtschaft wollte bald niemand mehr etwas wissen. Behördliche Reglementierung der Wirtschaft wurde — allseits freudig begrüßt — mehr und mehr eingeschränkt. Professor Erhard mit seiner Konzeption der unternehmerischen Wirtschaft stahl den Gewerkschaften die Show vollständig. Von Sozialisierung wurde bald auch bei den Gewerkschaften kaum noch gesprochen.

NEUE GESELLSCHAFT UND GEWERKSCHAFTEN

Nun wird wohl niemand behaupten wollen, daß in der Bundesrepublik mit dem Wirtschaftswunder alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen glücklich gelöst seien, insonderheit diejenigen aus dem Bereich, wo Politik und Wirtschaft sich berühren und in dem vieles aus der Vergangenheit noch zu bewältigen blieb. Zudem brachte die wirtschaftliche Expansion neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme hervor. So weltfremd, wie es mancher glauben machen wollte, war die gewerkschaftliche Konzeption vielleicht gar nicht. Sie hatte schon an den richtigen Punkten angesetzt, es fehlte ihr nur der moderne Zuschnitt, die Befreiung von altmodischem Beiwerk und abgenutzten Schlagworten, die Ausrichtung auf die Wirklichkeit und nicht auf die Theorien von gestern und vorgestern.

Aber zu neuen Formulierungen fanden die Gewerkschaften zunächst kaum. Das lag zum Teil daran, daß der hierfür zuständige DGB an Einfluß und Geltung stark verloren hatte. Die Wissenschaft und die Intellektuellen, die wohl hätten weiterhelfen können, wurden dem DGB kaum zum Gesprächspartner. Über Ansätze, wie sie sich z. B. in den Europäischen Gesprächen der Ruhrfestspiele zeigten, kam man nicht hinaus. Die Gewerkschaftstheorie — den Gewerkschaftsführern schon immer ein Greuel — blieb weiterhin sträflich vernachlässigt. Radikalismus, Konformismus oder bloße Konfusion breiteten sich aus. Aus der bedrückenden Situation flüchteten viele Gewerkschafter in die psychologisch naheliegende Reaktion erbitterter, wenn mitunter auch fast donquichotisch anmutender Gegnerschaft gegen Professor Erhard als den Exponenten der westdeutschen Nachkriegswirtschaft. Der fast tragikomische Akzent fehlte dabei insofern nicht, als das „Wirtschaftswunder“ wesentlich der jahrelangen Lohndisziplin der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu verdanken war. Wegen der zurückgebliebenen westdeutschen Löhne konnte in einem sehr großen Maße (durch Selbstfinanzierung) investiert werden — womit die Basis für weiteres Wirtschaftswachstum gegeben war — und konnte fernerhin der westdeutsche Export, der die Konjunktur nachhaltig anfachte, auf dem Weltmarkt so stark Fuß fassen.

Verändertes Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedern

Daß die Gewerkschaften nicht zu einer ideologischen Entrümpelung kamen, darf allerdings durchaus nicht einseitig der Gewerkschaftsführung angelastet werden. Die Gewerkschaften als durch und durch demokratische Institution empfangen ihre Impulse von der Mitgliedschaft her. Solche Impulse blieben nach 1945 weitgehend aus. Der sozialen Utopie, die zu Lassalles, zu Marx' und Engels und zu Bebels Zeit die Arbeiterschaft noch gefesselt und mitgerissen hatte, stand die Arbeitnehmerschaft jetzt mit Zurückhaltung und Skepsis gegenüber. Das hatte seinen Grund z. T. darin, daß der Arbeiter sich durch die Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter“-partei getäuscht und mißbraucht fühlte, noch mehr aber darin, daß er sah, zu welchen „Errungenschaften“ die alten sozialen Utopien im „Arbeiter- und Bauernstaat“ Ulbrichts verunstaltet wurden. So fand sich Resignation bei vielen älteren Gewerkschaftern und Mißtrauen, Distanzierung und Indifferenz bei einem großen Teil der jüngeren Arbeitnehmerschaft. Bednarik hat die grundlegende Veränderung in den Denk- und Verhaltensweisen der Arbeiterschaft beschrieben. Praktizierender Existenzialismus und primitiver Egoismus traten oft an die Stelle von Klassenbewußtsein und Solidarität, die früher der Gewerkschaft Zusammenhalt und Antrieb gegeben hatten.

Hinzu kommt, daß die Arbeitnehmerschaft anscheinend um so schwerer gewerkschaftlich organisierbar wird, je weiter die Industrialisierung fortschreitet, damit die Bedeutung der Massenindustrien abnimmt und die tertiäre Dienstleistungsproduktion an Bedeutung gewinnt. Letztere — wie oft auch der Tätigkeitsbereich der Angestellten — ist vielfach durch Einzelarbeitsplätze und Individualität gekennzeichnet. Auch die Zunahme der Frauenarbeit engt die gewerkschaftliche Organisationsmöglichkeit offenbar ein. Viele Frauen sind nur vorübergehend als Arbeitnehmer tätig und deshalb für die gewerkschaftliche Organisation kaum zu interessieren. Vielen anderen scheint ihre Arbeitnehmereigenschaft nur bedingt bewußt zu werden, sie fühlen sich auch als Arbeitnehmer unbedingt primär als Frau.

Wenn man von Schwierigkeiten spricht, denen sich die Gewerkschaften in der heutigen Industriegesellschaft gegenübersehen, so sind auch solche lohnpolitische Art zu nennen. Einmal ist heute die Bereitschaft zum Arbeitskampf bei den Arbeitnehmern geringer als früher. Ein beachtlicher Teil der Arbeitnehmer hat den Status von Dauerbeschäftigten (eines Betriebes). Dieser Status wird verständlicherweise nicht gern aufs Spiel gesetzt. Es ist zwar nicht so, daß die Gewerkschaftsführung zu Lohnforderung und Lohnkampf treiben muß: Stimmung dafür ist bei der Arbeitnehmerschaft fast immer da. Aber die Gewerkschaftsführung muß zwischen dem ihr immer wieder vorgetragenen Wunsch nach höherem Lohn und der geringen Bereitschaft, für solche Forderungen in letz-

ter Konsequenz im Lohnkampf einzustehen, lavieren. Sie muß ebenso lavieren zwischen der günstigen Möglichkeit, für wenige große, leistungsstarke Unternehmen (aber damit in der Regel auch nur für relativ wenige Arbeitnehmer) Betriebstarifverträge abzuschließen, und der anderen mit viel mehr Schwierigkeiten und Risiko verbundenen Möglichkeit, für eine ganze Branche das Lohnniveau allgemeinverbindlich zu heben, wobei in der Regel die übertariflichen Löhne der leistungsstarken Firmen nicht erreicht werden. Im einen wie im anderen Fall wird sie einen Teil der Arbeitnehmer enttäuschen. Diese und andere lohnpolitische Schwierigkeiten sind heute — mit fortgeschrittener Industrialisierung — weit profilierter hervorgetreten, als das früher, zur Zeit des lohnmäßig weniger differenzierten „Proletariats“, der Fall war.

Eingeengter sozialer und wirtschaftspolitischer Aktionsraum

Eingeengt ist für die Gewerkschaften auch das Feld sozialpolitischer Aktivität. Über die sozialpolitischen Forderungen, wie sie der DGB formuliert hat, bestehen heute grundsätzlich kaum ernstere Meinungsverschiedenheiten. Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich technischer Modalitäten und des Tempos, wie Verbesserungen verwirklicht werden sollten. Aus wahlpolitischen Rücksichten und auf Grund des Einflusses des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU sind auch von den sonst wohl nicht sonderlich gewerkschaftsfreundlichen Bundesregierungen nach 1949 sozialpolitische Verbesserungen durchgeführt worden, die weithin den Forderungen des DGB entsprachen. Hier macht sich bemerkbar, daß der Arbeitnehmer als Wähler inzwischen zu einer Schlüsselfigur geworden ist. Daß bei der bürgerlich-mittelständisch-bäuerlichen Schicht eine wesentliche Fluktuation zwischen den großen Parteien stattfindet, ist — wenngleich es behauptet wird — nicht wahrscheinlich. Doch zeigen die Wahlergebnisse in Industriegemeinden, daß offenbar nicht unwesentliche Teile der Arbeitnehmerschaft von der Wahlmöglichkeit Gebrauch machen, also tatsächlich wählen und sich nicht weltanschaulich von vornherein festlegen lassen.

Schließlich ist auch der wirtschaftspolitische Aktionsraum für die Gewerkschaften eingeengt. Im Gegensatz zu früher besteht allenthalben starke Skepsis gegenüber wirtschaftspolitischen Reformen, die letztlich einen neuen, besseren Menschen zur Voraussetzung haben. Wenn man aber schon mit einem wenig idealen Menschen rechnen muß, dann wird gegen Trägheit, Schlendrian und Denkfaulheit noch immer am besten das Interesse am eigenen Geldbeutel mobilisiert. „Soviel Freiheit wie möglich“ ist daher zum allenthalben fast unumstrittenen wirtschaftspolitischen Grundsatz geworden. Wirtschaftspolitik ist — oder sollte danach sein — eine vernünftige Technik der kleinsten Mittel für optimale ökonomische Wirkungen. Zur wirtschaftspolitischen Ernüchterung und Desillusionierung hat schließlich

auch die Erkenntnis geführt, daß der wirtschaftliche Ablauf, viel mehr als er durch eine geniale wirtschaftspolitische Konzeption oder durch wirtschaftspolitische Torheiten und Unterlassungen beeinflußt werden kann, von den großen ökonomischen Gezeiten abhängig ist, die entscheidend von den langen Wellen der Bevölkerungsentwicklung bestimmt werden. Gegen manche wirtschaftliche Trends — so wie sie bei uns beispielsweise hinsichtlich der Kohle und in der Landwirtschaft sichtbar werden — ist offenbar kein wirtschaftspolitisches Kraut gewachsen. Die Wirtschaftspolitik kann hier außer mit Pflasterchen — oder mit Demagogie — nicht helfen. Insgesamt stellte sich heraus, daß die westdeutschen Gewerkschaften, nicht anders als ihre europäischen Schwesterorganisationen, nach dem zweiten Weltkriege in einer ganz anderen Welt standen als derjenigen, in der sie groß geworden waren und sich auszukennen gelernt hatten.

DER STREIK ALS GEWERKSCHAFTSPOLITISCHES KAMPFMITTEL

Ihrer Entstehung nach sind Gewerkschaften nicht nur ein Korrelat des Industrialismus, sondern zugleich oder sogar mehr noch ein Korrelat des Kapitalismus. Man mag sich streiten, was mit diesem schillernden und ressentiment-geladenen Begriff umschrieben sein soll. Jedenfalls besteht der Kapitalismus in seiner früheren Form heute nicht mehr, und in mehr als einer höchst praktischen Konsequenz wird das für die Gewerkschaften deutlich: zunächst einmal in Hinsicht auf ihren lohnpolitischen Aktionsraum. Nach dem kürzlichen Metallarbeiterstreik in Württemberg-Baden, der in der Bundesrepublik seit Jahren wieder der erste umfangreichere Streik war, ist mehrfach die Frage gestellt worden, ob überhaupt Streiks heute noch als angemessenes lohnpolitisches Mittel angesehen werden können, ob die heutige Wirtschaft, die heutige Gesellschaft den Streik noch verträgt, ob er zulässig sein kann.

Der Außenstehende mag meinen, daß dies mindestens bei den Gewerkschaftsführungen nicht bezweifelt wird. Tatsächlich stellt sich diese Frage aber auch oder vielmehr gerade für die Gewerkschaftsführungen. Hierbei spielen allerdings nationale Besonderheiten eine Rolle. Die Frage des Streiks stellt sich zum Beispiel anders in Frankreich mit seinen vielen nebeneinander und auch gegeneinanderstehenden Gewerkschaften und in einem Lande, in dem dem Recht des einzelnen — und des Zusammenschlusses von einzelnen — unbedingter Vorrang eingeräumt wird. In Frankreich werden einschneidende Unterbrechungen im gewohnten äußeren Lebensablauf durch Streiks als Preis der Freiheit hingenommen. Lange andauernde und größere Wirtschaftsgebiete berührende Streiks wären hier gegen den anschwellenden Ruf nach Polizei und Staatsanwalt vermutlich nicht durchzuhalten.

Aber der Streik ist heute nicht nur aus emotionalen Gründen ein Politikum, sondern wesentlich aus sachlich-materiellen: Die betriebliche Spezialisierung, die

für den Industrialismus typisch ist, hat eine — dialektische — Entsprechung in einer starken Abhängigkeit der Industriebetriebe voneinander. Die moderne Industriegesellschaft ist — *sit venia verbo* — ein Kollektiv höchsten Grades. Das „alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, ist heute verhältnismäßig leicht erreichbar. Von bestimmten Stellen her kann man fast die gesamte Wirtschaft anhalten, woraus in England eine spezielle Streikstrategie entwickelt wurde. Aber deren unverhältnismäßige Auswirkungen und die überaus negative Reaktion der öffentlichen Meinung darauf, machten die Anwendung dieser Strategie fast unmöglich. Welche über die nationalen Grenzen hinausgehenden Fernwirkungen ein Streik haben kann, lehrte kürzlich der US-amerikanische Hafnarbeiterstreik.

SIND DIE GEWERKSCHAFTEN UBERHOLT?

So ergibt sich das Paradoxon, daß mit fortgeschrittener Industrialisierung neue Möglichkeiten für eine höchst wirksame Streiktaktik entstanden sind, daß aber zugleich der Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel weniger als früher anwendbar geworden ist. Das ist für die Gewerkschaften natürlich von größter Bedeutung. Denn der Arbeitskampf, der Streik, ist ein essentieller Teil des freien Gewerkschaftswesens. Ohne Streikrecht und Streikmöglichkeit ist eine echte Gewerkschaft kaum denkbar. Aus diesen Überlegungen leitet sich die mindestens theoretisch berechtigte Frage ab, ob Gewerkschaften noch Sinn und Bedeutung in unserer heutigen Wirtschaft, d. h. in der hochindustrialisierten, arbeitsteiligen, kollektiven Wirtschaft, haben können und in einem Staat, wo der Arbeitnehmer nicht mehr wie im kapitalistischen Staat draußen vor der Tür steht, sondern in den er als Bürger und Wirtschaftsbürger integriert ist.

Ehe diese Frage beantwortet wird, soll sie von einer anderen Seite beleuchtet werden, und zwar am Exempel der Gewerkschaften, die nur „Gliederungen der Partei“ oder als Selbstverwaltungskörperschaft getarnte Staatsorganisation oder gar unmittelbarer Teil der Exekutive sind. Sie handeln nicht mit einem Partner Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen aus, sondern sie nehmen diesbezügliche Anordnungen entgegen. Sie sind Mittel zur überbetrieblichen „Erfassung“ und Verwaltung der Arbeitnehmer. Sie sind mithin keine Gewerkschaften, wenn man nicht diesem Begriff, wie es die Faschisten und Kommunisten hier und anderswo häufig machen, einen ihm wesensfremden, ja sinnwidrigen Inhalt unterschieben will.

Aber wir sollten nicht übersehen, wie nahe die Gefahr einer Verwaltungsgewerkschaft auch für uns ist. Die gewerkschaftliche Gretchenfrage ist in anderen Ländern schon oft gestellt und sehr verschieden, mitunter recht bedenklich beantwortet worden. Gewerkschaften als ein Regierungsinstrument, mit dem den Arbeitnehmern ihre Lohnforderungen ausgedrückt oder Lohnbewegungen blockiert werden, sind ein Widerspruch in sich. Nicht weniger fragwürdig erscheint es, wenn

Gewerkschaften mit staatlichen Aufgaben betraut werden, wohin es außerhalb Westdeutschlands nicht eben selten gekommen ist. Der Gefahr der „Verstaatlichung“ der Gewerkschaften steht als Gegenstück die der Syndikalisierung gegenüber: die — übrigens auch durch Mitbestimmung virulent werdende — Gefahr, daß von den Betrieben her sich die Gewerkschaften mit den Unternehmern arrangieren und sich eine Entwicklung zum Industrie feudalismus oder Ständestaat anbahnt.

FREIE GEWERKSCHAFTEN ALS FUNKTIONSFÄHIGER DEMOKRATISCHER FAKTOR

Die Frage nach der Stellung der Gewerkschaften stellt sich vor allem und zunächst für die Gewerkschaften selbst: sollen sie sich aus — übrigens völlig mißverständener — Loyalität hinter „ihre“ Regierung stellen? Sollen sie sich in „Partnerschaft“ mit den Unternehmern um einer „Gemeinsamkeit“ oder einer „Versachlichung“ willen neutralisieren? Oder sollen sie energisch danach streben, staatsfrei und unabhängig zu bleiben?

Erinnerungen an die Weimarer Zeit mit ihren auch von hier ausfließenden bösen Folgen sollten allen Beteiligten gegenwärtig bleiben. Wenn überhaupt Gewerkschaften notwendig sind, und daran kann kein Zweifel bestehen, dann besteht nur Bedarf an freien Gewerkschaften. Die in einer Demokratie notwendige und für alle Beteiligten höchst dienliche Trennung von Kirche und Staat sowie Kirchen und Parteien muß auf dem Sektor der Gewerkschaften die Entsprechung einer Trennung von Gewerkschaften und Staat und Parteien sowie von Gewerkschaften und Betrieben und Arbeitgebern haben. Durch die Einheitsgewerkschaft ist bei uns, was Partei und Staat angeht, bereits der entscheidende formale Schritt auf Gewerkschaftsseite getan. Die Gefahr der „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie sie Anfang der 1920er Jahre kurze Zeit bestand, scheint gegenwärtig nicht aktuell zu sein. Übrigens endete die damalige „Arbeitsgemeinschaft“ mit einem Fiasko.

Nur wenn sie nicht Satelliten des Staates oder einer politischen Partei oder gar der Unternehmer, sondern unabhängig und frei sind, können die Gewerkschaften eine „countervailing power“ im Sinne Galbraith' und mithin ein funktionsfähiger demokratischer Faktor sein. Allein der unabhängigen Gewerkschaft kann zudem das Sonderrecht des politischen Streiks eingeräumt sein, mit dem sie die demokratische Grundordnung verteidigt. Gerade hier liegt eine wichtige Aufgabe für die Gewerkschaften, denn wie leicht — wenn die „countervailing power“ der Gewerkschaften fehlt — die Demokratie über politische Parteien und Parlamente abgeschafft werden kann, wissen wir in Deutschland nur zu gut.

LOHNPOLITISCHE AUFGABEN: REGULATIV AN DER SCHEIDE VON INVESTITION UND KONSUMTION

Gewerkschaften erscheinen notwendig als Motor, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne einer steten Verbesserung in Bewegung zu halten. Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit diese Funktion erfüllt. Was sie bei uns auf lohnpolitischem Gebiet im letzten Jahrzehnt geleistet haben, kann als vorbildlich bezeichnet werden. Allerdings wird im Gegenteil und völlig unberechtigt die lauteste Anklage gegen die Gewerkschaften gerade wegen ihrer Lohnpolitik erhoben. Aber es ist ein Anzeichen — neben anderen — für den Tiefstand unserer Meinungsbildung, daß ein so unsachliches Argument solche Publizität findet.

Die moderne, hochindustrialisierte Wirtschaft mit ihrer starken Kapitalbildungsfähigkeit einerseits und ihrem enormen Güterausstoß andererseits bedarf eines Regulativs an der Scheide von Investition und Konsumtion. Weil das Lohn- und Tarifwesen in der Industriegewirtschaft mit zu der „verwalteten Welt“ unserer Tage gehört, sind die Löhne an sich ziemlich unbeweglich geworden. Ein kräftiger und energischer Anstoß ist immer wieder erforderlich, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Produktivitätsfortschritt anzupassen. Geschieht das nicht, bleiben die Löhne zurück, so wird sofort die Investition zu groß, und was zum Thema Überkapazitäten zu sagen ist, hat E. Schmalenbach aus seiner Lebenserfahrung heraus in einer zu wenig beachteten oder gar totgeschwiegenen Schrift „Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis“ gesagt. Es gibt wohl kaum etwas ökonomisch Törichtereres, als Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen fortwährend als nationales Unglück hinzustellen. Seit Jahrzehnten werden in den westlichen Industrieländern die Löhne erhöht und die Arbeitszeit verkürzt, und in unmittelbarer Wechselwirkung dazu steht der Prozeß der fortwährenden Rationalisierung und Technisierung, der erst unseren gesellschaftlichen Reichtum geschaffen hat.

Wenn aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik wünschenswert und notwendig ist und andererseits die Möglichkeiten des Streiks eingeengt sind, so kommt es darauf an, sich Methoden der Tarifverhandlung einfallen zu lassen, die beides berücksichtigen und doch die Autonomie der Tarifpartner wahren. Daß Zwangsschlichtung oder gar behördliche Lohnsetzung keinen Ausweg bedeuten, steht wohl außer Frage. Wohin Lohnpolitik führen kann, wenn man Verwaltungen und Parlamente einschaltet, zeigen die bestürzenden Schauspiele, die sich hinsichtlich der Löhne im öffentlichen Dienst und der Beamtengehälter jeweils vor Wahlen in den Kabinetten und Parlamenten abspielen. Wenn man das sieht, muß man dankbar sein, daß es noch freie Gewerkschaften gibt, die sich mit ihren Gegnern, den Arbeitgebern, um Pfennige herumschlagen müssen. Aus dem, was die einen schließlich konzedieren und die anderen schließlich anneh-

men, scheint — das ist eine nicht wegzuleugnende Erfahrung — à la longue just das herauszukommen, was uns und unserer Wirtschaft gut tut.

MITBESTIMMUNG UND EIGENTUMSPOLITIK

Es gehört zu den politischen Perversionen, von denen wir geplagt werden, daß alle Welt „Eigentumspolitik“ treiben will in einer Zeit, da das Eigentum aus den Gesetzmäßigkeiten des Industrialismus seine frühere Bedeutung (im Sinne von unbeschränktem Verfügen über Produktionsmittel) fast ganz verloren hat. „Wir brauchen das Eigentum nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie ... schafft es täglich ab“ meinte bekanntlich Karl Marx, ein Denker, dessen (statt anderer) sich zu schämen, bei uns heute Mode ist. Das „Eigentum“, das in einer Aktie besteht, deren Stimmrecht eine Großbank (zumeist auch noch im Sinne des Managements) vertritt, ist in Wirklichkeit kein Eigentum, sondern beinhaltet lediglich einen Zins- oder Rentenanspruch.

Die Frage ist nicht, was das Management technisch-betrieblich tut. Hier verhindert der Markt alle Eskapaden und weist zwingend auf den schmalen Pfad zu Produktivität und Rentabilität. Die Frage ist jedoch, was das Management mit der Macht tut, die ihm (und nicht den Kapitaleignern) aus seiner Stellung erwächst. Durch Mitbestimmung können hier die Gewerkschaften eine wichtige, wenn vielleicht auch zeitweise sachlich unergiebig erscheinende soziale Funktion ausüben. Diese Funktion kann gerade ihnen anvertraut werden, weil die Gefahr, daß sie hierbei gleichgültig sind, bürokratisch gehemmt bleiben oder wirkungslos taktieren, gering ist. Denn sie sind in dieser Sache als Arbeitnehmervertretung echt engagiert.

Auf Mitbestimmung laufen, wenn man es richtig sieht, letztlich die alten und neuen gewerkschaftlichen Bestrebungen nach „Sozialisierung“, „Verstaatlichung“ oder „Überführung in Gemeineigentum“ hinaus. Nur wo diese auf Mitbestimmung zielen, können sie im Rahmen einer demokratisch-freiheitlichen Grundordnung zur Wirkung kommen. Wo sie nur rechtlich Eigentumsformen ändern wollen, müssen sie praktisch so wirkungslos bleiben wie ihr Gegenstück: die Politik der „Eigentumsstreuung“. Daß das immer noch nicht ganz begriffen worden ist, zeigt in einigen Passagen der Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes des DGB, das im November dieses Jahres auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß diskutiert werden soll.

BILDUNGSAUFGABE IN DER MODERNEN ARBEITSWELT

Die Gewerkschaften haben in unserer Gesellschaft last not least eine wichtige Bildungsaufgabe. Seit Jahren schon sind sie — wenig beachtet — auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung tätig. Diese Arbeit verdient weiteren Ausbau und größere Unterstützung.

Die moderne Arbeitswelt — darüber kann kein Zweifel bestehen — ist geeignet, den Menschen durch Ein-

tönigkeit und Geistlosigkeit abzustumpfen und schließlich zu verknechten. Dieser Tendenz kommt die moderne Freizeitwelt geradenwegs entgegen. Mit ihrer wie industriell gemachten und abgesetzten, ja aufgedrängten Produktion schaltet sie Verstand und Eigenwillen aus. Eigeninitiative und geistige Selbständigkeit können wohl kaum anders als dadurch wieder gestärkt werden, daß der Mensch aus der Masse herausgelöst und zunächst in die Gruppe geführt wird. Hier können die Gewerkschaften aus zweierlei gleich wesentlichen Gründen tätig werden. Einmal haben sie breiten Kontakt mit dem Teil der Bevölkerung, dessen Lebensprobleme eben die typischen Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft sind. Zweitens können die Gewerkschaften einen Bildungsauftrag aus ihrer Geschichte ableiten.

Sie haben den Gedanken der Freiheit in die Masse der Bevölkerung getragen, und sie haben sich für den Rationalismus als geistiges Prinzip eingesetzt. Daß das nicht wenig ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie wenig volkstümlich und wie immer bedroht bei uns die Freiheit ist. Und was den Rationalismus angeht, so muß man sich vor Augen halten, in welchem erschreckendem Maße er gerade im politischen Bereich im letzten Jahrzehnt wieder verschüttet worden ist. Unsere kulturelle und politische Freiheit bedarf breiter, bewußter, rationaler Fundamentierung in der Masse der Bevölkerung. Unsere gesellschaftlichen Probleme dürfen nicht in den Bereich der Wünsche und Gefühle gedrängt werden, sie müssen sachlich ausdiskutiert werden.

RAUM FÜR GEWERKSCHAFTEN

Man muß sich fragen, woher so viele ihr ungetrübtes Vertrauen in unsere gesellschaftliche und politische Zukunft nehmen, da Vergangenheit und Gegenwart gleich wenig bewältigt erscheinen. Und man muß sich angesichts vieler drohender Schatten fragen, woher zugleich so viele die Sicherheit zu der Meinung nehmen, daß es gut sei, die Gewerkschaften weitestmöglich auszuschalten und mit Gegenpropaganda zu überziehen.

Es dürfte für unsere Gesellschaft nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern fast der Selbsterhaltung sein, die Gewerkschaften aus dem Zangengriff zu befreien, in dem sie hierzulande von der öffentlichen Meinung nicht erst seit heute und gestern gehalten werden, sondern so lange sie bestehen. Das Eigenartige an der Situation ist, daß den Gewerkschaften ihr Lebensraum freigegeben werden muß. Wenn sie selbst ihn sich freikämpfen müssen, sind sie schon auf dem Wege, ihre eigentliche gewerkschaftliche Aufgabe zu verlassen und politische Bewegung, „Volksfront“ oder Staatsgewerkschaft zu werden. Die Frage der Einordnung der Gewerkschaften in den demokratischen Staat verlangt Einsicht und Toleranz; die beklemmende Frage ist, ob Einsicht und Toleranz in hinreichendem Maße für die Lösung dieser wichtigen Aufgabe vorhanden sind.